



**„WAS KEINER WAGT, DASS SOLLT IHR WAGEN
WAS KEINER SAGT, SAGT HERAUS.
WAS KEINER DENKT, DAS WAGT ZU DENKEN
WAS KEINER ANFÄNGT, DAS FÜHRT AUS.“**

Achim Czulwick
Ratsmitglied (AUF Witten)



Die oben zitierten Zeilen von Hannes Wader werden politisch immer bedeutender. Im November sind wieder mal Haushaltsberatungen. Von „Beratung“ kann

aber keine Rede sein. Richtiger müsste es heißen *Erpressung der Stadt Witten durch das Land NRW und die Bezirksregierung in Arnsberg.*

Letztere setzt das Spar-Diktat der Landesregierung von Frau Kraft (SPD) mit dem Druckmittel des *genehmigungsfähigen Haushalts* um. Kaum wurde die Erhöhung der Grundsteuer B im vorausseilenden Gehorsam von der Stadtverwaltung eingeplant, wurde die zuvor verweigerte Genehmigung in Aussicht gestellt. **Was das bedeutet, ist auch klar: die Mieten werden weiter nach oben getrieben.**

Realitätsverlust

Es ist ein Märchen, dass Witten damit im Jahr 2016 einen „ausgeglichenen Haushalt“ haben würde, also nicht mehr ausgegeben als eingenommen wird. Der gewaltige Schuldenberg von über 500 Millionen Euro soll demnach nicht mehr wachsen?

Das hat soviel mit der Realität zu tun, wie ein Wunschzettel an das Christkind. Die Konjunkturdaten gehen schon wieder in den Keller. Doch der Haushaltsplan beruht auf der Spekulation eines Aufschwungs, den es nicht geben kann.

Im Gegenteil: Die „Schwarze Null“ von Herrn Schäuble in Berlin wird auch über die kommunalen Haushalte

finanziert. Brücken und Straßen werden nicht oder nur oberflächlich saniert, der soziale Wohnungsbau wird gegen Null gefahren, an der progressiven Besteuerung wird festgehalten.

Die Verschuldung dient als Druckmittel zur Einsparung von Leistungen für die Bürger, das scheinbar „gesparte“ Geld dient für Zinsen und Zinseszinsen.

Modernisierung der Stadt wird an die Wand gefahren

Dabei sind es nicht nur die geschlossenen Spielplätze, die minimalistische Kinder- und Jugendarbeit, die Ignoranz der Giftmüllgefahren oder der Verfall öffentlicher Gebäude und Straßen, oder der Plan, auf die Begrünung des Kornmarkts zugunsten sogenannter Investoren zu verzichten.

Es werden eben auch die Investitionen

Inhalt

- 1/2 Was keiner wagt ...
- 3 Kampf bei Opel Bochum
- 4/5 Leserbrief
- 6 Fracking in Stockum?
- 7 Umweltgewerkschaft
- 8 Frauenratschlag
- 9 Jahresabschluss
- 10 Auf der Flucht
- 11 Herbstdemo in Berlin
- 12 Denkweise entscheidet Termine

in die Infrastruktur und damit auch die Modernisierung der Stadt auf Null gefahren.

Zu den Schulden und deren Folgen müssen also immer auch die dringend notwendigen Investitionen gezahlt werden, **die der Schulden wegen aber geopfert werden.**



Lichtkunst_73.pixelio.de



Kommunale Straßen im Jahr 2014

AUF Witten fordert seit zehn Jahren einen radikalen Schuldenschnitt, um aus diesem Wahnsinn herauszukommen: Sofortige Einstellung der Zinszahlungen an die Banken und ein neues Finanzierungssystem für die kommunale Daseinsvorsorge!

Sozialsteuer für Unternehmen

Das wäre mit einer **sechsprozentigen Sozialsteuer auf die Umsätze der Unternehmen** machbar. Ohne die steuerfreien Umsätze von Kleinbetrieben erzielen deutsche Unternehmen jährlich bundesweit Umsätze um die 5.000 Milliarden Euro. Mit nur sechs Prozent vom Umsatz würde sogar mehr eingenommen, als für **alle** Sozialabgaben zu bezahlen ist. Lohnintensive Betriebe, wie Klein- und Mittelbetriebe, würden entlastet, weil bisher die Sozialabgaben pro Kopf bezahlt werden müssen.

Der entscheidende Vorteil aber wäre die völlige Freistellung der Kommunen von Ausgaben für soziale Belange, die ihnen bisher nicht ausreichend finanziert werden. Darüber hinaus verfügten abhängig Beschäftigte über mehr Netto, was die Kaufkraft in der Stadt stärken würde.

Eine solche alternative Politik gibt es bei den in Witten regierenden Parteien natürlich nicht. Sie bleiben bei allem Protest gegen die von oben erzwungene Verschuldung letztlich Vertreter der bewussten Umverteilungspolitik ihrer jeweiligen Bundes- und Landesregierung. Ihre Klagen über zu wenig kommunale Mittel und die angebliche Gefahr eines Sparkommissars ersetzen nicht den notwendigen kommu-

nalen Widerstand, ja behindern ihn sogar.

Für die Menschen in Witten macht es keinen Unterschied, ob der Rat sich mit einem Sparkommissar erpressen lässt und die Grundsteuer freiwillig erhöht, oder ob der Sparkommissar selbst dies tut. So oder so: es wird umverteilt – und das wird in den nächsten Jahren noch forciert.

Bundeskanzlerin Merkel hat schon ein *Ende der Wohltaten* angekündigt. Was immer sie damit auch meint, es ist eine Drohung! Der Unternehmerverband *BDI* fordert Investitionen der Privatwirtschaft staatlich zu sichern und indirekt zu übernehmen. Applaus gibt es in diesen Kreisen für sinnlose Großprojekte, wie den Flughafen in Berlin, weil so oder so die Gewinne fließen. Die Strompreissubventionen reichen den Monopolen noch lange nicht. Auf ihrer Agenda stehen auch die finanziellen Ressourcen der Menschen in den Kommunen. Die Regierungen werden sich dem nicht in den Weg stellen. Ein

kapitalistisches Land kann auch nur eine kapitalistische Regierung haben.

Die Aufgaben...

Es ist in diesem Zusammenhang ein Witz, wenn die Partei *die Linke* ein Ende der Umverteilung fordert. Wer soll denn das für sie machen? Ihre Parteileute in Brandenburg unterscheiden sich beim Umverteilungsprinzip in nichts von *SPD* und *CDU*. Drei Lehrerstellen mehr sind keine andere Politik. Mehr noch, auch *die Linke* steht für die Erweiterung des Braunkohletagebaus und blockiert damit den Übergang zu 100 % regenerativer Energie.

Vor Ort fordern sie, wie auch *SPD* und *CDU*, große Demonstrationen in Berlin gegen die Verschuldung, um dann doch das „Sparen“ für die Umverteilung durchzusetzen. Schluss mit dieser Heuchelei.

... sind zum Lösen da

Wer Umverteilung wirklich bekämpfen will, muss das auch tun. Umso glaubhafter wäre das, wenn diejenigen, die das wollen, aus den Parteien austreten, die diese Politik zu verantworten haben und aktiv betreiben.

Wie gesagt, wer wagen will, was keiner sonst wagt, wer klar sagen will, was keiner sonst sagt, wer eine alternative Politik anfangen will, der soll es auch tun können. Ich lade, mit Ausnahme reaktionärer und faschistischer Kräfte alle über Parteigrenzen hinweg herzlich ein, den Weg des überparteilichen Bündnisses für eine alternative Kommunalpolitik und ihre Finanzierung gemeinsam zu gehen. **Glück AUF!**

Was ist und wofür steht AUF Witten?

AUF Witten ist ein überparteiliches Kommunalwahlbündnis.

Niemand wird auf ein Parteiprogramm festgelegt.

Jeder, außer Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern, kann gleichberechtigt mitarbeiten.

Wie Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zu gemeinsamen Lösungen für die kommunale Daseinsfürsorge kommen, regeln unsere Grundsätze und Satzung.

Damit haben wir seit Gründung 2003 sehr gute Erfahrungen gemacht. Seit 2004 ist **AUF Witten** mit einem Mandat im Wittener Stadtrat vertreten.

Dort arbeiten wir als Sprachrohr kommunaler Bewegungen für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft für unsere Jugend.

AUF bedeutet: **Alternativ • Unabhängig • Fortschrittlich**

„WIR SIND STOLZ DARAUFG, DIE WERKSSCHLISSUNG NIE AKZEPTIERT ZU HABEN!“

Diana Vöhringer

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Regelmäßig berichteten wir in unserer Bündniszeitung *Witten im Aufbruch* über den Kampf der Opelener gegen die Werksschließung in Bochum und um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz. AUF Witten sammelte Spenden für die Streikkasse und für Prozesskosten und nahm auch an Aktionen der Belegschaft teil.

So wissen Menschen, die den *Witten im Aufbruch* verfolgen, was wirklich in den letzten Jahren im Kampf um die Arbeitsplätze abgelaufen ist.

Dagegen hat die bundesweite Presse die Opel-Kollegen abgeschrieben. Es wird entweder gar nicht mehr berichtet, oder nur in der Form, alles sei zu spät.

Die Opelener wurden enorm unter Druck gesetzt, bis zum 30.09. ihre eigene Kündigung zu unterschreiben und alle Rechte an Opel abzutreten.

Aber dagegen wurde immer Widerstand geleistet. So erschien am 9. Oktober 2014 unter der eingangs zitierten Überschrift eine Erklärung von **OFFENSIV**, einer Initiative für eine kämpferische gewerkschaftliche Betriebsratsarbeit. **OFFENSIV** setzt sich konsequent für den Kampf um jeden Arbeitsplatz bei Opel ein.

Wir finden es richtig, die Kollegen selber zu Wort kommen zu lassen und drucken daher den Hauptartikel der Erklärung im Folgenden ab:

„Unser Respekt und unser Glückwunsch gilt allen Kollegen, die nicht unterschrieben haben (die Zahl wird von der Personalabteilung übrigens streng geheim gehalten). Ihr habt die Härte und das Rückgrat bewiesen, die wir Arbeiter heute und in den kommenden Auseinandersetzungen brauchen!“

Bei allem Verständnis für die schwierige Lage: Jede Unterschrift unter den Aufhebungsvertrag war ein Fehler – auch wenn sie mit Bauschmerzen oder mit der „Faust in der Tasche“ abgegeben wurde!

Wir Arbeiter dürfen uns nicht erpressen und unsere Arbeitsplätze abkaufen lassen. Solange wir im Kapitalismus leben, werden wir immer gezwungen sein, um unsere Rechte und Arbeitsplätze zu kämpfen.

Die Tinte unter den „dreiseitigen Verträgen“ ist noch nicht trocken, da bestätigt sich dies schon: Beim Profiling werden die Kollegen mit Massenabfertigung und Terminen am Wochenende abgespeist. Viele werden schon jetzt zu Vorstellungsgesprächen eingeladen und vom Arbeitsamt unter Druck gesetzt, sich sogar bei Leiharbeitsfirmen zu bewerben. So sieht er aus, der angebliche Start in eine „neue berufliche Perspektive“!

Wir von Offensiv halten unsere Zusagen: Der Kampf geht in eine neue Runde. Bei uns wird nie-

mand im Stich gelassen! Wir schlagen allen Kollegen vor, im Kampf gegen die Kündigungen gemeinsam und koordiniert gegen Opel vorzugehen.

Dazu laden wir zu einem Treffen ein ...

Wendet euch an unsere Betriebsräte, auch per Mail!

Im Gegensatz zu dem erbärmlichen Transparent auf der Betriebsversammlung sagen wir: Wir SIND Opelener mit Herz und Seele! Solange noch Autos vom Band laufen, solange können und müssen wir zusammen für unsere Arbeitsplätze und Rechte kämpfen!“

Wer mehr erfahren möchte, kann sich informieren unter

offensivbochum-wordpress.com

AUF Witten ist der Meinung, dass andere Belegschaften im Kampf um ihre Arbeitsplätze viel von dieser mutigen und kämpferischen Belegschaft lernen können.

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Die NRZ berichtet am 1.10. unter der Überschrift : „Gemeinsam gegen Jobabbau“ über den Protest von 3000 Mercedesarbeitern in Düsseldorf gegen einen geplanten Stellenabbau. Dabei auch Delegationen anderer Autobauer, Solidarität auch von Opel Bochum.

ZUSCHRIFTEN

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen)



Fracking - Energiegewinnung jetzt auch vor unserer Haustür?

Das Thema Fracking wird jetzt auch für Witten (wieder) akut. Aktuell fordert der Kreisrat von der Bezirksregierung Arnsberg eine Ablehnung des Antrags der RWTH Aachen auf eine Verlängerung der Genehmigung zur Ermittlung von unkonventionellen Gasvorkommen. Diese schon 2008 auf fünf Jahre befristet erteilte Genehmigung erlaubt faktisch Probebohrungen zur Ermittlung von frackbaren Gasvorkommen. **Eines der von der RWTH Aachen beantragten Gebiete befindet sich in Witten-Stockum.**

Wie der Kreisrat nicht ganz falsch argumentiert, hat dieses **wissenschaftlich deklarierte Projekt eigentlich nur kommerzielle Hintergründe** und ist in Wirklichkeit eine Zuarbeit für ein späteres kommerzielles Fracking.

Da diese Genehmigung immer noch nach dem nicht mehr zeitgemäßen Bergrecht erteilt wird, ist davon auszugehen, dass auch jetzt eine ebensolche erteilt wird.

Von den Unternehmen, die in anderen Ländern bereits fracken, wird natürlich trotz der bekannten Probleme, die dieses Verfahren mit sich bringt, immer noch die Ungefährlichkeit und Zu-

kunftsfähigkeit dieser Gasgewinnungstechnik propagiert. Zur Zukunftsfähigkeit sei darauf verwiesen, dass Gas natürlich ein fossiler Brennstoff ist und die **Zeit der fossilen Energieversorgung** für jeden Menschen ersichtlich doch **eigentlich vorbei sein sollte.**

Zu den Gefahren ein kleiner ironischer Exkurs. Die Bezirksregierung Arnsberg erteilte 2008 auch der Firma *EXXON MOBILE* eine Genehmigung für Probebohrungen im Kreis Warendorf, auch *EXXON MOBILE* beantragte jetzt eine Verlängerung dieser Genehmigung.

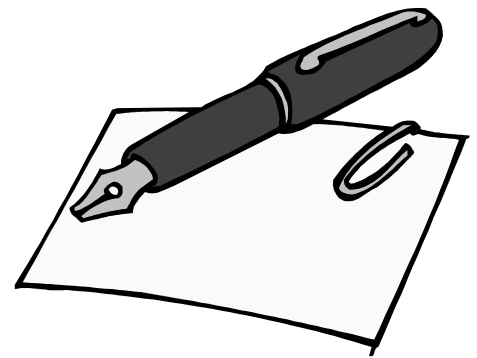
Gleichzeitig wurde dieses Jahr bekannt, dass *EXXON MOBILE*-Chef **Rex Tillerson** zusammen mit seinen Nachbarn gegen einen Wasserturm vor seiner Haustür zur Frischwasserversorgung der nahegelegenen Frackinggebiete klagte. Der zu erwartende LKW-Verkehr mindere durch den entstehenden Lärm und die Abgase den Wert seiner riesigen Pferderanch. **Da lässt einer die Umgebung von Millionen Menschen verseuchen, will aber selber noch nicht mal Verkehrslärm und -abgase hinnehmen.** Aber Fracking an sich ist ja sicher, oder?

R.S., Witten

Zurück in die Steinzeit?

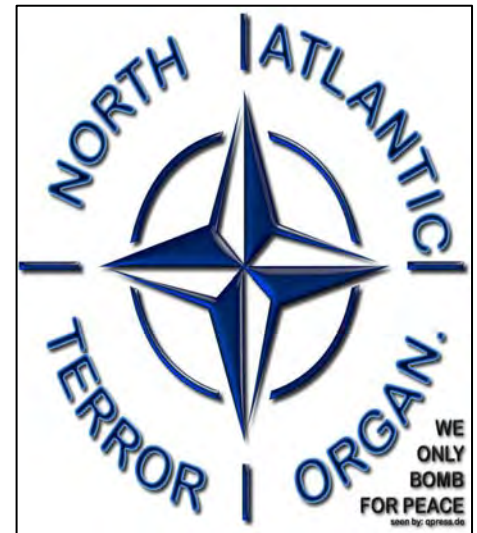
Im Sommer diesen Jahres lies die Nachricht aufhorchen, dass Fracking Teil der offiziellen Agenda der *NATO* ist. Von der Wirtschaft und der mit ihr verhandelten *EU* war dies bekannt, nur ist die *NATO* offiziell immer noch ein militärisches Verteidigungsbündnis. Als solches steht es ihr eigentlich gar nicht zu, sich so in die (umwelt-) politische Entscheidungsfindung einzumischen. Aber vielleicht zeigt sie uns so viel mehr etwas über sich selbst.

Die *NATO* wurde zu Beginn des kalten Krieges gegründet, um die westlichen, kapitalistischen Staaten vor einer angeblichen Bedrohung durch die östlichen, kommunistischen Staaten zu schützen, die sich im Warschauer Pakt zusammenschlossen. Wie jeder weiß,



ist der kalte Krieg und der Warschauer Pakt seit mehr als 20 Jahren Geschichte, die *NATO* aber seltsamerweise nicht. Sie hat jedoch ihren offiziellen Sinn ganz offenbar verloren.

Vielmehr zeigt uns diese Aussage zum Fracking, welchen (neuen) Sinn die *NATO* heute hat. Sie verteidigt die Macht- und damit auch Wirtschaftsinteressen ihrer führenden Mitglieder und vor allem der *USA* gegen die Zeit und die sich verändernde Welt bzw. hier gegen das absehbare Ende der fossilen Energieversorgung.



Eine nicht mehr in die aktuelle Zeit passende Einstellung aber auch Organisation nennt man übrigens anachronistisch.

Wir haben hier also eine anachronistische Organisation, die ein hochgefährliches Verfahren zur Verlängerung der anachronistischen fossilen Energieversorgung propagiert. Will die *NATO* uns zeigen, dass sie die Menschheit nicht nur mit Bomben zurück in die Steinzeit katapultieren kann?

R.S., Witten

Zuschriften – Fortsetzung von S. 4

Aufwandsentschädigung für Arbeit

Nach einer Weile der Arbeitslosigkeit und einem krisengeschüttelten Leben, wurde ich über das JobCenter in den Verein Mitmenschen e.V. vermittelt, zur Erprobung meiner Belastbarkeit.

Das Ganze ist eine sogenannte AM - Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung. Dafür bekomme ich 1,50 Euro pro Stunde.

Von den Arbeitsbedingungen her kann man sich eigentlich nicht beklagen, die Stimmung ist gut, herzlich und offen. Wohnungsaufösungen, Renovierungsvorbereitungen, Schrott auseinander nehmen, Hauswirtschaft - das sind die Haupttätigkeiten.

Dabei handelt es sich um den sog. 2. Arbeitsmarkt, für Menschen mit Behinderungen und psychischen wie physischen Problemen.

Interessant ist dabei jedoch, dass bei der Maßnahme von „Mehraufwandsentschädigung“ gesprochen wird. Und mehr ist es auch tatsächlich nicht.

Ohne Tätigkeit ist man oft viel zu Hause, braucht folglich auch nicht so viel zu essen, wie wenn man arbeitet. Aber Arbeit erfordert, dass man dem Körper mehr Nahrung zuführt, Folge sind also Mehrkosten. Der gezahlte Betrag ist genau so hoch, dass es für

den Monat so gerade eben dann reicht, vielleicht sind dann noch hier und da ein paar kleine Freizeitaktivitäten zusätzlich drin.

Somit geht man eigentlich viel eher unentgeltlich arbeiten, weil man davon nicht wirklich etwas hat. Man kann davon nicht leben, sich auch keine neuen Geräte oder Möbel leisten oder andere Anschaffungen vornehmen, die vielleicht nötig wären.

Tragisch ist es für diejenigen, die kaum belastbar sind oder durch Behinderungen nur wenig arbeiten können. Als wären sie nicht dadurch schon genug bestraft, wird ihnen hiermit die Armut per Gesetz verschrieben.

Gleichzeitig wird mit den AM bestätigt, dass der Hartz IV Satz vorne und hinten nicht zum Leben reicht, sondern nur mehr eine Notversorgung ist, damit man nicht verhungert.

Umso wichtiger ist es, dagegen zu kämpfen. Die Montagsdemo bietet dazu jede Woche die Gelegenheit. Das offene Mikrofon ermöglicht eine offene Diskussion, man kann seine Anliegen mitteilen und wenn nötig, wird auch Unterstützung organisiert.

Hartz IV ist und bleibt vorgeschriebene Armut! Deshalb:

Weg mit Hartz IV - dafür mindestens die Wiedereinführung der alten Sozialhilfe! Kommt zur Montagsdemo, jede Woche um 17 Uhr auf der Bahnhofstraße/Ecke Nordstraße!

U.W., Witten



STOPPT DEN ATOMMÜLL-EXPORT!

Keine Castor-Transporte in die USA!

457 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll sollen demnächst in die USA verschoben werden. Eine entsprechende Absichtserklärung haben das US-Energieministerium und das Bundesforschungs- sowie das NRW-Wissenschaftsministerium im April 2014 unterzeichnet – ein gefährlicher Präzedenzfall und Tabubruch gleich in mehrfacher Hinsicht.

Doch der geplante Export von hochradioaktivem Abfall aus den Zwischenlagern in Jülich und Ahaus in die USA, der entgegen allen bisherigen Versprechungen und an der Öffentlichkeit vorbei betrieben wird, löst kein Atommüll-Problem, sondern schafft nur weitere. Im übrigen widerspricht er auch deutschen Gesetzen!

Die Initiative „ausgestrahlt - gemeinsam gegen Atomenergie“ organisiert derzeit eine Unterschriftensammlung, in der es heißt:

Ich fordere von der Bundesregierung und der NRW-Landesregierung:

Der Atommüll aus Jülich und Ahaus darf nicht ins Ausland exportiert werden! Keine Castor-Transporte in die USA!

Stand 3.11. haben bisher 7.524 Personen unterzeichnet.

Auf unserer Homepage: www.auf-witten.de ist die Unterschriftenaktion verlinkt und kann dort unterstützt werden.

Sie können auch auf der **ausgestrahlt-Internetseite** unterschreiben:

<https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/export-usa.html>

STOPPT GEWERBEGEBIET IN STOCKUM!

Dirk Adamczak
Umwelt AG von AUF Witten

In Stockum regt sich Widerstand gegen ein zwischen Pferdebachstraße, Stockumer Straße und A 44 geplantes Gewerbegebiet. In der Kritik steht dabei besonders eine vom Ennepe-Ruhr-Kreis in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie, welche aus wirtschaftlichen Gründen die Ansiedlung von Gewerbe einseitig als „gut geeignet“ bewertet. Wichtige Aspekte, die vor allem den Umweltschutz und die Lebensqualität der Bevölkerung betreffen, werden durch das Gutachten völlig ignoriert und ausgeblendet.

Ökologisch problematisch

Es ist deshalb völlig berechtigt, dass die Teilnehmer einer vom Heimatverein Stockum initiierten Bürgerversammlung eine Bebauung ablehnen und das Gelände aufgrund seiner hochwertigen Bodenbeschaffenheit für die Landwirtschaft und als Erholungsfläche erhalten wollen.

Insbesondere die dort verlaufende Frischluftschneise würde nicht nur in Witten, sondern bis nach Dortmund wesentlich beeinträchtigt. Eine Bebauung des Areals und das mit der Ansiedlung von Gewerbebetrieben verbundene erhöhte Verkehrsaufkommen würden den Temperaturengleich in diesem Gebiet empfindlich stören.

Die einmalige Lage Stockums inmitten eines Grüngürtels würde unwiederbringlich zerstört, die Lebensqualität der Menschen würde sich einschneidend verschlechtern.

Flächenversiegelung

Die Entstehung eines Gewerbegebietes bedeutet auch eine verhängnisvolle Flächenversiegelung in unverhältnismäßig großem Ausmaß. Das würde ebenfalls zu einem Temperaturanstieg beitragen, vor allem aber die Versickerung von Regenwasser verhindern.

In der Folge würde zunehmend viel Wasser vor allem dem Grotenbach, dem Rüpingsbach, aber auch dem Pferdebach zufließen und aller Erfahrung nach bei

Starkregenfällen zu Überschwemmungen führen.

Arbeitsplätze contra Umweltschutz ?

Begründet wird die Notwendigkeit zur Errichtung eines Gewerbegebietes an der Pferdebachstraße von der Stadt vor allem mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Aufgrund der günstigen Lage zur Autobahn ist jedoch absehbar, dass sich vor allem Logistikunternehmen ansiedeln werden, wodurch nur wenige Arbeitsplätze entstehen würden.

Anstatt Arbeitsplätze gegen den Umweltschutz auszuspielen, sollten alle künftigen Gewerbe-Planungen in Einheit mit dem Umweltschutz angegangen werden, beispielsweise durch gezielte Förderung bei der Umwelttechnologie. Und sollten nicht besser bereits brach liegende Gewerbeflächen auch außerhalb des Ennepe-Ruhr-Kreises in Anspruch genommen werden, anstatt eine zunehmende Landschaftszerstörung in Kauf zu nehmen?

Höchstwahrscheinlich geht es in Wahrheit darum, aus dem Areal, das zu 80 % der Stadt Witten gehört, Kapital zu schlagen, um den städtischen Haushalt zu „sanieren“.

Fracking durch die Hintertür?

Oder wird sogar geplant, mit der Frackingmethode Gas zu fördern? Das zeitliche Zusammenfallen der Planung von Gewerbegebieten und der Beantragung von Probebohrungen scheint nicht ganz zufällig zu sein, wurde doch erst Mitte September die Stadt Witten von der Bezirksregierung aufgefordert, zu einem *Aufsuchungsfeld* Stellung zu nehmen. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen beantragte nämlich eine Verlängerung ihrer Erlaubnis zur Durchführung von Fracking-Probepbohrungen.

Die Lage zwischen Bergbau- und Wassergewinnungsgebiet weckt bei gewissen Kreisen wohl Fracking-Begehrlichkeiten:

- Die unmittelbare Anbindung an die Autobahn ermöglicht einen weitgehend unbemerkten Transport von Chemikalien.
- Der von Abfluss von verseuchtem und vergiftetem Wasser in den Rüpings- und Grotenbach soll die Stadt Witten angeblich nicht unmittelbar belasten.
- Nach dem Abriss der Häuser in der Nähe der Stockumer Straße würde ein eigenes, durch Straßen abgeschlossenes Gebiet entstehen, um derartigen Tätigkeiten ungestört nachgehen zu können.
- Unter diesem Gebiet verlaufende Stollen könnten schnell verfüllt werden (wie in der Annenstraße), auch stören dort keine Hochspannungsleitungen.

Alles in allem also ideale Bedingungen für Fracking-Profitel?

Wären da nicht Trink- und Grundwasservergiftung, Luftverschmutzung, Geruchsbelästigung und weitere Auswirkungen von Fracking wie insbesondere Haut- und Krebserkrankungen!

Daher lehnt AUF Witten das geplante Gewerbegebiet in Stockum wegen weitgehender Zerstörung der natürlichen Umwelt konsequent ab und setzt sich vorbehaltlos für Mensch und Natur ein.

Jeder, der sich für Umweltschutzinteressen einsetzen und sein Fachwissen einbringen will, ist in der Umwelt AG von AUF Witten herzlich willkommen.

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Stockum: Kreuzung Hörder Str. / Borgäcker bei Starkregen - Sinnbild für die Zukunft?

MACHT MIT BEIM AUFBAU DER UMWELTGEWERKSCHAFT!

Jan Vöhringer

Mitglied von *AUF Witten* und Initiator der Umweltgewerkschaft



Am 11. Oktober war der „Global Frack Down Day“ – ein weltweiter Kampftag gegen Fracking. Überall auf der Welt gingen hunderttausende Menschen gegen Fracking auf die Straße. Kaum ein Thema ist wohl so kontrovers wie das Fracking.

Auf der einen Seite die Hauptakteure des Frackings aus dem internationalen Finanzkapital. „Unter den 500 größten Monopolen der Welt sind 89 bei der Gewinnung und Verbreitung fossiler Rohstoffe oder bei der Produktion der dazu eingesetzten Technologie tätig.“ (Stefan Engel, Katastrophenalarm – Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur, S.208).

Widerstand...

Diesen Monopolen stehen in Deutschland und auf der ganzen Welt unzählige Bürgerinitiativen oder umweltbewusste Menschen gegenüber. Ihr Widerstand hat es u.a. in NRW geschafft, dass sich

die Landesregierung bisher gegen Fracking positioniert hat.

Wir müssen die Fracking-Vorhaben in ihrer Wechselwirkung mit verschiedenen anderen Merkmalen eines beschleunigten Umschlags in eine globale Umweltkatastrophe verstehen, um unseren Widerstand in der nötigen Dimension zu organisieren:

Zerstörung der Ozonschicht – beschleunigte Vernichtung der Wälder – heraufziehende Klimakatastrophe – Zerstörung der Ökosysteme in den Weltmeeren sind nur einige dieser Faktoren, deren Hauptverursacher die internationalen Konzerne und Banken und die ihnen hörigen Regierungen sind.

...weltweit nötig

Ebenso wie die Arbeiterbewegung gelernt hat, die Kraft ihrer Masse, organisiert in Gewerkschaften, in Kämpfen gegen die soziale Ausbeutung einzusetzen, wollen wir mit einer Umweltgewerkschaft organisiert, kämpferisch, zielstrebig antreten. Mit einer Umweltgewerkschaft wollen wir die Verteidigung der menschlichen Lebensgrundlagen auch über Ländergrenzen hinweg organisieren.

Eine Organisation, die es so erst als Idee gibt. Eine Idee, die aber schon Tausende Unterstützer findet und immer

weitere sucht.

Auch wir in Witten wollen dazu beitragen, Ende November in Berlin in einem demokratischen öffentlichen Prozess den Grundstein für eine bundesweite Organisation zu legen. Ziele und Prinzipien wie überparteilich und weltanschaulich offen, demokratisch, finanziell unabhängig... und alles auf antifaschistischer Grundlage, sollen auf einem Gründungskongress festgelegt werden und müssen vorher auch in Witten beraten werden.

Wer den Aufbau der Umweltgewerkschaft tatkräftig unterstützen will, kann sich an AUF Witten wenden.

„Gas-Bohren ohne Fracking“ – ganz harmlos?

Mit der neuen Methode der Tektomechanik wird angeblich keine giftige Chemiebrühe in die Bohrlöcher rein gepumpt.

Was aber aus den Löchern raus kommt, ist ganz und gar nicht harmlos. Das zeigen Messungen aus Colorado (USA), wo unkontrollierte Methangas-Emissionen von durchschnittlich neun Prozent ermittelt wurden.

Die US-amerikanischen Forscher bezeichnen Schiefergas und Kohleflözgas daher als »schmutzige« Gase, denn ihre Verbrennung schädigt das Klima mehr als die Verbrennung konventionellen Erdgases.

Mit den Gasen werden radioaktive Elemente, die von der Entstehung des Sonnensystems übrig geblieben sind und im Gestein noch gebunden sind freigesprengt.

In der Biosphäre reichert sich so immer mehr Radioaktivität an. Was auf natürlichem Weg abgebaut wird, ist erheblich geringer, als was künstlich freigesetzt wird.



FRAUEN ERKLIMMEN DIE HÖCHSTEN BERGE!

von Diana Vöhringer

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Vom 3. - 5. Oktober fand der **11. Frauenpolitische Ratschlag** in Chemnitz statt, an dem auch zehn WittenerInnen teilnahmen.

Der Ratschlag ist ein überparteiliches Forum der kämpferischen Frauenbewegung der Welt, das alle zwei Jahre stattfindet.

Heisse Eisen

950 Frauen und Männer aus vier Kontinenten und 14 Ländern packten „heiße Eisen“ der internationalen Frauenbewegung an, und zwar in folgenden sechs Foren:

- Arbeiterinnen sagen BASTA! Frauenbewußtsein in der Arbeiterbewegung!
- Mutter Erde retten!
- Fight sexism!
- Frauen auf der Flucht
- Frauenbefreiungsbewegung
- Basisfrauen bewegen und organisieren

Die Erfahrungsberichte der Frauen,

besonders zu den Themen Flüchtlingsbewegung, die Erfahrungen mit Gewalt und Vertreibung, gingen uns TeilnehmerInnen unter die Haut und drängen nach Lösungen. Ebenso wie die drohende Umweltkatastrophe, die einen internationalen Zusammenschluss notwendiger macht denn je.

Praktische Solidarität

Die praktische Solidarität der internationalen Frauenbewegung bewiesen wir mit einer bewegenden, spontanen Solidaritätsdemonstration mit Fackelzug am Samstag Abend zur Solidarität mit Kobanê und dem Befreiungskampf in Kurdistan.

Auch die Kultur kam nicht zu kurz mit wunderschönen Angeboten, die die Chemnitzer vorbereitet hatten, von der **abendlichen Stadtführung** bis zum **Candlelight-Dinner** am Freitag.

Am Samstag startete nach einem reichhaltigen Mitbringbüffet die **Kulturnacht**, in der sich die Vielfaltigkeit der Frauenbewegung zeigte.

Die unterschiedlichsten Stände von Organisationen und Parteien luden zur Information, aber auch zum Kauf von

Büchern, Kunsthandwerk und Selbstgemachten, luden ein zum Ausruhen und Verweilen.

Rundum gelungen und überparteilich

Rundum gelungen und wirklich überparteilich – von der Nonne, wie Lea Ackermann, die sich gegen Prostitution engagiert, über Verdi-Gewerkschafterinnen, die den Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen der Textilarbeiterinnen in Bangladesh unterstützen bis zu Revolutionärinnen, die für die Befreiung der Frau im Sozialismus eintreten. Hier wurde auf Augenhöhe über Perspektiven der Frau diskutiert.

Der Sonntag gehörte der Vorbereitung der 2. Weltfrauenkonferenz in Nepal im März 2016. Dort informierte Monika Gärtner-Engel über den bisherigen Stand und den weiteren Prozess der Vorbereitung. Darüber wurde sich lebhaft ausgetauscht und auch Beschlüsse gefasst.

Kämpferischer Frauenrat

Eine Mischung aus jungen und älteren Frauen stellte sich als letzten Höhepunkt an diesem bewegenden Wochenende zur Wahl in den **kämpferischen Frauenrat**, der vor allem den nächsten Frauenpolitischen Ratschlag in zwei Jahren vorbereiten wird.

Wir freuen uns, dass Anna Schmid, die zur letzten Kommunalwahl für AUF Witten kandidierte, in den Kämpferischen Frauenrat gewählt wurde.

Mit vielen neuen Eindrücken, Impulsen und auch nachdenklich fuhren wir zurück und werden den Geist dieses Ratschlags weiter nach Witten tragen.

Jede Frau, die sich angesprochen fühlt und hier in Witten aktiv werden möchte, kann sich informieren unter:

www.courage-witten.de

www.frauenpolitischer-ratschlag.org

oder wendet Euch an AUF Witten!



Der neugewählte kämpferische Frauenrat, darunter Anna Schmid (unten links)

JAHRESABSCHLUSS VON AUF WITTEN

Am Sonntag, den 30. November, führt *AUF Witten* die Jahreshauptversammlung durch. Diese ist, wie üblich, öffentlich und damit für jeden frei zugänglich - egal ob als Mitglied, Zuschauer, Besucher, Freund.

Grundsätze und Satzung von *AUF Witten* sehen vor, dass Vorstand und Kassierer jedes Jahr Rechenschaft gegenüber der Mitgliedschaft ablegen. Auch Ratsmitglied Achim Czulwick hat sich bei seiner Kandidatur für den Rat der Stadt Witten verpflichtet, über seine Tätigkeit Rede und Antwort zu stehen.

Das tun wir aber aus formalen Gründen! Hauptsächlich geht es uns um folgendes:

- *AUF Witten* steht für eine **alternative Politik auf überparteilicher Grundlage**. Eine unserer Forderungen der ersten Stunde ist der Kampf gegen die Selbstbedienungsmentalität von Ratsmitgliedern und -fraktionen sowie für die volle Transparenz im Stadtrat. Um das durchzusetzen, müssen wir mit gutem Beispiel voran gehen. Das verhindert Korruption und Kungelei!
- *AUF Witten* steht für **echte Demokratie. Bei uns haben die Mitglieder das Sagen**. Der Vorstand bekommt von der Mitgliedschaft den Auftrag, die politische Tätigkeit entsprechend dem Grundgedanken „*Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!*“ zu organisieren und die alternativen Bewegungen in Witten in diesem Sinne zu stärken. Auf der Jahreshauptversammlung wird überprüft, ob dies gelungen ist und ob sich der Vorstand an den Auftrag gehalten hat.
- *AUF Witten* steht für **finanzielle Unabhängigkeit**. Das bedeutet, dass *AUF Witten* das Geld sparsam und gezielt im Sinne seines Auftrags einsetzt und sich auch durch Spenden zu keiner anderen Politik verleiten lässt.

Das garantiert, dass *AUF Witten* nicht zu einer korrupten Organisation verkommt. Dazu wird die Kasse regelmäßig revidiert. Der Kassierer legt hierzu ausführlich Rechenschaft ab.



Selbst schlechtes Wetter konnte nicht verhindern, dass *AUF Witten* einen gelungenen Wahlkampf hinlegte!

- *AUF Witten* besteht aus **Neuen Politikern, Menschen wie Du und Ich**. Um zu verhindern, dass man früher oder später nicht doch vereinnahmt wird und sich Sachzwängen unterordnet, hat sich jeder Kandidat bei der Kommunalwahl auf Prinzipien der Selbstverpflichtung festgelegt. Wer in den Stadtrat gewählt wird, legt entsprechend Rechenschaft ab und spendet seine Aufwandsentschädigungen. Ob und welche Arbeit, in diesem Fall Ratsmitglied Achim Czulwick, gemacht hat, wird deshalb genauso überprüft.

Eine solche Offenheit und demokratische Basis gibt es in der klassischen Parteienlandschaft sonst nicht. Viel eher ist es den etablierten Parteien ein Graus, an solche Prinzipien auch nur zu denken.

In diesem Jahr fanden die Kommunalwahlen statt, zu denen auch *AUF Witten* erneut angetreten ist und sein Mandat verteidigen konnte. Das wird eines der Hauptthemen auf der Jahreshauptversammlung sein. Es erwartet uns also eine spannende Diskussion.

Die erzielten Erfolge dieses Jahres wollen natürlich auch gefeiert werden mit einem Jahresabschlussfest am 3. Dezember. Schließlich sind für den Kampf um eine alternative Politik viele Kräfte von Nöten und womit kann man besser neue Kraft tanken, als mit einer

gemeinsamen Feier, selbstorganisiertem Buffet und Kulturbeiträgen?!

Wir möchten Sie zu beiden Veranstaltungen einladen. Lernen Sie uns kennen, machen Sie sich ein Bild davon, wie alternative Politik funktioniert. Werden Sie selbst aktiv und ergreifen Sie Initiative für den Kampf um ein lebenswertes Witten!

Jahreshauptversammlung

Sonntag, 30. November
11 - 14 Uhr

Sportlerklause in Witten
Stockum, Hörder Straße 303

Jahresabschlussfest

Mittwoch, 3. Dezember
18 - 22 Uhr

Zur Dritten Halbzeit in
Witten-Heven, Haldenweg 2

MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von AUF Witten



In ihrer Rede zum Haushalt 2015 kritisiert Bürgermeisterin **Sonja Leidemann (SPD)** die fehlende „hinreichende finanzielle Unterstützung durch

Bund und Land“ zur Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen, deren Zahl sich „seit Januar 2012 ... nahezu verdoppelt“ habe. Aktuell seien es „562 Personen und die Prognose geht von einem Anstieg auf ca. 810 Personen im Jahr 2015 aus.“ Die Stadt Witten müsse so für „3 Mio. € jährliche Mehrkosten“ aufkommen.

Jetzt hat die Landesregierung NRW rund 46 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für die Kommunen an Flüchtlingshilfe zugesagt. Was davon in Witten ankommt, weiß keiner. Man kann annehmen, dass es **grundsätzlich an der kommunalen Unterfinanzierung nichts ändert.**

Statt diese Unterfinanzierung zu überwinden, tönte Bundeskanzlerin Merkel (CDU): „Die EU ist keine Sozialunion.“

Das war, bewusst oder nicht, eine Steilvorlage für die braunen Demagogen von NPD und AfD im Bundestagswahlkampf mit ihren Slogans „Wir sind nicht das Weltsozialamt“ bzw. „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“.

Bekanntlich ist Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur und es sind auch deutsche Waffen, die für das Elend in den Kriegsgebieten sorgen.

Es geht um die Solidarität gegen die Folgen politischer Entwicklungen, die diese Menschen nicht zu verantworten haben.

Wer Opfer zu Tätern macht, wie die braunen Demagogen, offenbart seine wahren Absichten, nämlich falsche Feindbilder aufzubauen, um demokratische- und Freiheitsrechte abzubauen.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist nicht teilbar. Jeder Mensch wird fliehen, wenn sein Leben bedroht ist. Jeder

Vater, jede Mutter werden alles tun, damit die Kinder überleben. **Das ist es, was uns alle verbindet, und das ist gut so!** Wir stehen für Solidarität.

Die Fakten

Weltweit sind 51 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Unterdrückung. Die meisten versuchen sich im eigenen Land in Sicherheit zu bringen, die UN geht von 33 Millionen Binnenflüchtlingen aus.

Die übrigen fliehen in Nachbarländer, zum Beispiel nach Pakistan, Iran, Libanon, Jordanien, Türkei, Kenia, Tschad, Äthiopien, welche selbst enorme Probleme haben. Nur ein relativ geringer Teil kommt nach Europa, davon ein Bruchteil nach Deutschland. Deutschland kommt bei den Flüchtlingsaufnahmen erst an 22. Stelle.

Das steht in krassem Gegensatz zu den Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und der EU mit den rohstoffreichen Ländern. Allein die ungleichen Lomé-Verträge schotten den EU-Agrarmarkt gegen Importe ab, während hochsubventionierte Agrarprodukte der EU in den Entwicklungsländern so konkurrenzlos billig sind, dass die einheimische Wirtschaft zerstört wird. Gleichzeitig werden diese Ländern durch gezielte sogenannte Entwicklungshilfe abhängig gemacht von teuren europäischen und deutschen Industrieprodukten.

Nicht zu vergessen, dass die zuneh-

mende Abhängigkeit ausgenutzt wird, in dem aus Profitgier bewusst Umweltstandards verletzt werden oder durch Müllimporte wertvolles Land in Müllkippen verwandelt wird. Die ökonomische Abhängigkeit bei formaler Selbständigkeit nennt man auch *Neokolonialismus*.

Was man tun kann

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist bereit zu helfen, das zeigt die enorme Spendenbereitschaft. Sie ist auch für eine menschenwürdige Unterbringung. Dass private Firmen mit Flüchtlingen auch noch ein Geschäft machen wollen, ist unerträglich. Das umso mehr, als die vorher genannten Nutznießer sich in keiner Weise an den Kosten für die Unterbringung beteiligen müssen. So geht das einfach nicht.

Konkrete Gedanken zur Soforthilfe machte sich ein Mitglied von AUF Witten in einem Schreiben an die Bürgermeisterin, in dem es darauf hinwies, wie viel ungenutztes und kreatives Potential nicht nur hier in Deutschland brach liegt, sondern auch bei Flüchtlingen. Diese könnten, gut ausgebildet, wieder in ihre Heimat zurückkehren und dort etwas Eigenes aufbauen.

Bis jetzt hat die Bürgermeisterin nicht geantwortet. Vermutlich übersteigen die konkreten Vorschläge ihre politische Gestaltungskraft. Die Vorschläge würden überdies auch mit der herrschenden Wirtschaftsordnung kollidieren.

Dennoch kein Grund, sich nicht auch auf kommunaler Ebene mit dem Flüchtlingselend zu befassen, über Fluchtursachen aufzuklären, praktische Hilfe zu organisieren und Hilfesuchenden eine Chance zu geben unabhängig davon, ob sie von außerhalb kommen oder hier zu Hause sind.

Wobei es eine tragfähige Lösung jedoch es erst dann geben wird, wenn die Ursachen von Flucht und Vertreibung abgeschafft sind.

In AUF Witten jedenfalls sind alle - außer Faschisten und Nationalisten - willkommen, die sich um die Zukunft der Jugend sorgen und ein lebenswertes Witten erstreben – unabhängig von Religion, Herkunft oder Weltanschauung.



Menschen auf der Flucht brauchen Solidarität und Hilfe!

11. HERBSTDEMO IN BERLIN: SELBSTBEWUSST UND LEBENDIG WIE AM ERSTEN TAG

Ulrich Wagner

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Am 13. September 2014 fand in Berlin die elfte Herbstdemonstration der Montagsdemonstrationsbewegung mit ca. 1.000 Teilnehmern statt. Längst hat sich die Montags-

demobewegung zum sozialen Gewissen Deutschlands in über 100 Städten entwickelt. Das wurde auf der Demonstration in Berlin deutlich.

Die Hartz-IV-Politik hat deutlich weitreichendere Folgen als nur Armut. Arbeitsplätze werden massenhaft vernichtet oder Kollegen sollen gezwungen werden, verschlechterte Arbeitsbedingungen zu unterschreiben, um nicht in Hartz IV abzurutschen. Deshalb waren auch viele Delegationen aus Betrieben vor Ort.

Auch die Initiative zur Gründung einer Umweltgewerkschaft beteiligte sich an der Demo, denn zu einer lebenswerten Zukunft gehört auch eine Erde, die Leben ermöglicht.

Das entscheidende ist aber, die Hand zur Faust zu ballen und Initiative zu ergreifen, den Kampf um eine menschenwürdige Gesellschaft zu führen!



Montagsdemo Witten

Jeden Montag
17 Uhr

Bahnhofstraße/Ecke
Nordstraße

AUF DIE DENKWEISE KOMMT ES AN

von Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von AUF Witten



Ein Lehrbeispiel besonderer Art in Sachen Selbstbedienungsmentalität bescherte uns die große Koalition von SPD und CDU in Witten in der Frage der

Neuordnung der Fraktionszuwendungen.

Ein Bündnis von Bündnis90/Die Grünen, bürgerforum, FDP, WBG, Die Piraten, Witten.Direkt und AUF Witten schlug in einem gemeinsamen Modellentwurf vor, pauschal die Zuwendungen für alle Fraktionen zu kürzen.

Es waren zwar nicht die seit Jahren von uns geforderten 50 Prozent. Sondern die Kürzung betrug nur 15 Prozent bei der SPD faktisch sogar nur 5 Prozent. Aber dennoch wären trotz einer größeren Zahl an Fraktionen im neuen Rat insgesamt ungefähr 3.000 Euro zum Vorjahr eingespart worden. Das konnten wir unterstützen, weil wir Bündnisse auf der Grundlage des Kampfes und zur Durchsetzung berechtigter Interessen der Menschen eingehen.

Doch nicht einmal dazu waren SPD und CDU bereit! Eine Mehrheit von 39 Stimmen bei 30 Gegenstimmen und einer Enthaltung folgte dem Modell der SPD.

Danach erhält die SPD rund 8.000 Euro mehr als im Vorjahr, die CDU behält ihre bisherigen Einnahmen trotz erheblicher Stimmenverluste.

Den Kleinen werden dagegen die Fraktionsgelder um 30 Prozent gekürzt.

Im Endergebnis kosten die Fraktionen gegenüber 2013 knapp 12.000 Euro mehr, im Vergleich mit dem Vorschlag der Opposition sogar 15.000 Euro.

Mit dem Selbstbedienungsmodell der SPD wird der Weg fortgesetzt, der bisher die interfraktionelle Zusammenarbeit in Witten, zum Beispiel bei der Vergabe und Dotierung der lukrativen Aufsichtsratsposten, geprägt hat.

Das bleibt nicht ohne Folgen für die Politik, denn die Denkweise, mit der Politik gemacht wird, ist eine andere.

So lässt man die Kontrolle, für die man gewählt wurde, schleifen und fängt an, wie ein Betriebsmanager zu denken. Bei den Stadtwerken wurden über Jahre hinweg außergewöhnliche Privilegien für das Führungspersonal durchgewunken, während infolge von mangelnder Aufsicht und Schlamperei Millionenschäden tatenlos zugesehen wurde. Von einer tatkräftigen Energiewende in Witten kann nicht im Ansatz gesprochen werden.

Bei der Debatte um die Fraktionsvergütungen setzte sich, vielleicht für den einen oder anderen unerwartet, ausgerechnet die Linke an die Spitze der Selbstbedienungsargumentation.



Ihre Fraktionsvorsitzende forderte eine Erhöhung der Vergütung, weil man davon schließlich leben können müsse.

Das widerspricht diametral den Grundsätzen, nach denen AUF Witten Politik gestalten will. **Wir sehen uns nicht als Bedienstete der Kommune, die Kommunalpolitik ist für uns weder ein Geschäft noch Einnahmequelle für Ratsmitglieder. Wir lehnen jegliche Vorteile und Privilegien aus der Ratsarbeit prinzipiell ab, wobei Auslagen natürlich erstattet werden.**

Nur mit einer solchen Denkweise ist es unserer Überzeugung nach möglich, **unbestechlich als Sprachrohr der Witterner im Rat der Stadt Witten zu agieren und als überparteilicher Zusammenschluss den Widerstand gegen die von oben organisierte Verschuldungspolitik der Stadt zu fördern.**

Und das ist dringend nötig!

Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **So., 30. November:** Jahreshauptversammlung – Näheres siehe Seite 9
- **Mi., 3. Dezember:** Jahresabschlussfest - Näheres siehe Seite 9
- **Sa., 6. Dezember:** Aktionstag zum Weltklimatag

Aktuelles und weitere Infos zu den Terminen auf unserer Homepage

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de